Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 27 — **München, 4. Juli 1930** — **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	6	10	
Montag	7	11	
Dienstag	8	12 תקופה	
Mittwoch	9	13	
Donnerstag	10	14	
Freitag	11	15	
Samstag	12	16	בלק הפטרה והיה שארית (Micha 5, 6-14. 6, 1-8) פרק ה׳ ו׳

Das Jüdische Echo

Nummer 27 | 4. Juli | 17. Jahrgang

Nach der Tagung

Die Eröffnung

Im prächtigen Alten Rathaussaal fand am 29. Juni, vormittags halb 11 Uhr, die Eröffnung der diesjährigen, achten Tagung des Verbands Bayerischer Israelitischer Gemeinden statt. Einleitend spielte das Münchener Jüdische Kammerorchester die Arie aus der Wassermusik von Geord Friedrich Händel; darauf begrüßte der Präsident der Tagung, Geheimer Rat Professor Dr. Silberschmidt (München), die Mitglieder von Rat und Tagung, die Ehrengäste und die zahlreich erschienenen Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde München. Mit besonderer Freude begrüßte er die Vertreter der Pfalz am Tage der Befreiung der pfälzischen Lande. Den verstorbenen Mitgliedern der Tagung Alexander Trier (Aschaffenburg) und Hermann Engel (Würzburg) widmete er herzliche Worte des Gedenkens. Namens der Israelitischen Kultusgemeinde München begrüßte Herr Justizrat Dr. Östreich die Tagung, die zum zweiten Male ihre Beratungen in München abhält; im Auftrag des Staatsministers für Unterricht und Kultus wünschte Ministerialrat Dr. Mezger den Verhandlungen besten Erfolg und versicherte den Verband des vollen Vertrauens der Staatsregierung, das vor allem auf seiner Einigkeit beruhe; die Befolgung der von einem jüdischen Organ ausgegebenen Parole „Getrennt marschieren, vereint schlagen" würde dieses Vertrauen erschüttern. Nachdem Bürgermeister Geheimrat Dr. Küfner im Namen der Stadt München den Beratungen guten Erfolg gewünscht und den Dank der Stadt für die Ausstellung jüdischer Kultgeräte ausgesprochen hatte, hielt Herr Dr. Leo Baerwald einen Vortrag über „Jüdische Bildung eine Aufgabe der Zeit", in dem er in fesselnden Ausführungen zunächst seinen Bildungsbegriff darstellte, wobei er sich an Goethe, Spranger und Kerschensteiner anlehnte und in dem er die Notwendigkeit wie die Möglichkeit einer spezifisch-jüdischen auf die Bibel gegründeten Bildung innerhalb einer richtig verstandenen Allgemeinbildung für uns Juden erwies. Darauf erstattete Oberstlandesgerichtsrat Dr. Alfred Neumeyer, der Präsident des Rats, den Tätigkeitsbericht. Er gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Überblick und behandelte dann in Anlehnung an den Etat und mit zahlenmäßigen Unterlagen die mannigfaltige Tätigkeits des Verbands, wobei er besonders auf die Bauzuschüsse verwies, durch die der Verband unter anderem die Renovierung der künstlerisch hervorragenden Synagogen in Bechhofen und Heidingsfeld ermöglicht hatte. Als die größte Leistung des Verbands in diesem Jahre bezeichnete er die Fertigstellung des Landesheims in Würzburg und gab bekannt, daß ein ungenannter Freund der sozialen Arbeit des Verbands 100 000 RM. für dieses Landesheim letztwillig bestimmt habe. In Würzburg entstehe im Neubau der jüdischen Lehrerbildungsanstalt, den der Verband durch Zuschüsse, Darlehen und Zinsgarantien ermögliche, ein weiteres großes Werk des Verbands. Dr. Neumeyer erörterte dann kurz die der Tagung gesetzten Aufgaben und protestierte zum Schluß in würdigen und sachlichen Ausführungen gegen das am 1. Oktober in Kraft tretende Schächtverbot. Es entbehre der inneren Folgerichtigkeit, habe doch der Staat, der heute das betäubungslose Schächten vertrete und so die Beschaffung ritualmäßigen Fleisches unmöglich mache, im Judenedikt von 1813 und der Ministerialentschließung von 1867 gerade diese Beschaffung ritualmäßigen Fleisches, als eine unverzichtbare Angelegenheit, als ein unerläßliches Wesensmerkmal einer jüdischen Gemeinde bezeichnet. Der Staat sei nicht berechtigt gewesen, durch ein solches Gesetz die Grundrechte eines ganzen Bevölkerungsteils zu beeinträchtigen und deshalb werde der Verband immer wieder die Aufhebung dieses Gesetzes verlangen.

Das Allegro ma non troppo aus dem 14. Klavierkonzert Mozarts, vorgetragen vom Jüdischen Kammerorchester (Leitung Heinrich Lamm, am Klavier Zahnarzt Kurt Bettsack) bildete den Abschluß der feierlichen Eröffnung.

Der Etat

In der Nachmittagssitzung (die wie auch die Montagssitzung im Konzertsaal des Bayerischen Hofes stattfand) referierte, nachdem der Bericht des Revisionsausschusses erstattet und Decharge erteilt worden war, Kommerzienrat Rosenzweig über die Jahresrechnung 1929 und den Voranschlag für 1930. Die Jahresrechnung für 1929 ergab ein Defizit von 34 000 RM., das aus dem Betriebsfonds gedeckt wurde. Seine Entstehung erklärt sich einmal aus einem Mindereingang an Umlagen, die um 30 000 RM. hinter dem Voranschlag zurückblieben, ferner aus Überschreitungen bei den Titeln Besoldungszuschüsse und Bauzuschüsse. Angesichts dieser Finanzlage habe man sich bei dem Etat für 1930 äußerste Beschränkung auferlegen müssen, die Kürzung der Besoldungszuschüsse habe sich als unvermeidlich erwiesen und auch eine Kürzung des Sozialetats um 20 Prozent sei notwendig geworden. Das nächste Geschäftsjahr lasse eine Besserung kaum erwarten. Der Voranschlag sieht nunmehr vor auf der Einnahmeseite 70 000 RM. Staatszuschuß wie im Vorjahre, 14 000 RM. Beitrag des Pfälzerverbandes, 9000 RM. Zinsen und 500 000 RM. aus 3 Prozent Umlagen. Die Ausgabenseite weist auf: 297 000 RM. für Besoldungszuschüsse (gegenüber 344 000 Jahresrechnung 1929), 20 000 RM. für Bauzuschüsse (48 000), 201 000 RM. (250 000) für soziale und kulturelle Aufgaben. Im einzelnen wurde der Sozialetat von Justizrat Dr. Elias Straus behandelt; nach einem Blick auf die Grundprinzipien der Wohlfahrtsarbeit und die augenblicklichen Verhältnisse erläuterte er die Positionen für die einzelnen bayerischen Wohlfahrtsanstalten, für die offene Fürsorge, die Bildungs- und Unterrichtsanstalten, für Stipendien, für die Inventarisation von Kunstdenkmälern, für historische Arbeiten sowie die Aufwendungen für Wohlfahrts- und Unterrichts-

anstalten und sonstige jüdisch-kulturelle Zwecke im Reich, unter welchem Titel sich auch 2000 RM. für den Centralverein (anstatt 3000 RM. im letzten Jahre) und 700 RM. für den Keren Hajessod (1000 RM.) vorfinden. Zum Schluß machte Dr. Straus darauf aufmerksam, daß Hilfstätigkeit zwar notwendig und unbestritten sei, daß man aber den großen Problemen der gegenwärtigen jüdischen Wirtschaftsnot mit sozialer Tätigkeit nicht beikommen könne; man müsse neue Wirtschaftsmöglichkeiten suchen und sich deshalb aktiv an der vom Preußenverband in dieser Richtung eingeleiteten Arbeit beteiligen.

Die Generaldebatte

Sie wurde von Kommerzienrat Josef eingeleitet, der erklärte, daß es dem Pfälzerverband angesichts der großen Notlage in der Pfalz unmöglich sei, mehr zu leisten als bisher schon, davor warnte, mehr als drei Prozent Umlagen zu erheben und eine Senkung der sozialen und kulturellen Ausgaben auf 50 000 RM. für notwendig erachtete. Rechtsanwalt Jung (Nürnberg), der Sprecher der liberalen Fraktion meinte, daß an den Posten Inventarisation und Historische Arbeiten unbedingt gespart hätte werden können und in Zukunft gespart werden müsse; obwohl verschiedene Positionen änderungsbedürftig seien, wolle man den Etat en bloc annehmen. Rechtsanwalt Feilchenfeld (orthodox) betonte, daß es falsch sei, die Kleingemeinden als die Kostgänger des Verbands zu betrachten, sie seien als Vorposten des Judentums zu werten und ihnen gegenüber dürfe man den Grundgedanken des Verbands: Selbsthilfe durch Gemeinschaft, nicht aus dem Auge verlieren. Die jüdische Situation erfordere unbedingt die baldige Schaffung des Reichsverbandes.

Von weiten Gesichtspunkten aus behandelte Herr Dr. Isaak Bamberger die aktuellen jüdischen Fragen. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Befreiung des Rheinlandes und der Pfalz erfüllt auch uns Juden mit großer Freude, wissen doch gerade wir Juden, was Befreiung aus fremdem Joche bedeutet; aber wir können die Befürchtung nicht ganz unterdrücken, daß die pfälzischen Juden, wie wir es ja in Köln erleben mußten, die äußere Bedrückung nur gegen eine innere vertauschen. Wir möchten die Staatsregierung mit Nachdruck darauf hinweisen, hier nach dem Rechten zu sehen. Noch immer hat sie gegen die ungesetzliche Judenhetze nichts unternommen, noch immer läßt sie in den Schulen systematische Verhetzung seitens mancher Lehrer zu. (Der Redner gab einige erschütternde Beispiele aus Nürnberg.) Das Kultusministerium kann nicht oft genug von Verbands wegen darauf hingewiesen werden, daß es seine Pflicht ist, hier einzugreifen.

In dieses Kapitel gehört auch das Schächtverbot. Es ist geradezu grotesk, abgesehen von aller Unrechtmäßigkeit des Verbots, daß man in einem Augenblick schwerster finanzieller Nöte, in dem man gezwungen ist, eine Schlachtsteuer einzuführen, keine anderen Sorgen habe, als das Schächten zu verbieten und so noch eine finanzielle Schädigung Bayerns herbeizuführen. Wenn man auch versucht, das eingeführte Fleisch zu besteuern, so wird man damit nicht weit kommen, Akzisen und Okroi innerhalb Deutschland sind verboten.

Diese Betrachtungen nach außen haben ihre Konsequenzen nach innen; wir müssen in diesen Zeiten innere Mission treiben. Vornehmlich gilt dies für den Centralverein. Es schmerzt uns aufs tiefste, daß es unmöglich ist mit ihm zusammenzuarbeiten, solange die Resolution Mecklenburg besteht, die uns Zionisten auf die unglaublichste Weise beleidigt und die nach dem Krieg, wo die Zionisten ebenso wie alle anderen deutschen Juden ihre Pflicht getan haben, ganz unverständlich ist. In dieser Stunde richte ich an die dem Verband angehörenden Mitglieder des Centralvereins den dringenden Appell, für die Beendigung dieses Kampfes zu sorgen. Es ist nötig, alle Elemente zur Abwehr zu sammeln und der Centralverein darf dabei so wenig nach der politischen Meinung fragen, wie er nach der religiösen Meinung frägt.

Die wirtschaftliche Situation der deutschen Juden, die fortschreitende Proletarisierung und Verdrängung aus wirtschaftlichen Funktionen macht es dringend nötig, nach neuen Wegen zu suchen; es ist daher begrüßenswert, daß der Preußenverband eine Wirtschaftskonferenz einberufen hat, die im Juli zusammentreten soll, und es ist dringend nötig, daß der bayerische Verband dabei energisch mitarbeitet.

Der starke äußere Druck, der heute auf uns lastet, politisch und wirtschaftlich, erfordert, daß wir uns stärker als je auf uns selbst besinnen, und wir dürfen uns daran von Ideen, die unserer Zeit nicht mehr angemessen sind und die unsere Umwelt längst aufgegeben hat, nicht hindern lassen. Dies gilt vor allem für die Konfessionsschule, die zu unserem Bedauern glauben Juden noch immer ablehnen zu müssen. Wir müssen aber unsere Jugend jüdisch erziehen und dazu brauchen wir unbedingt jüdische Schulen. Auf die Möglichkeit durch die Gründung von jüdischen Schulen, deren Lehrer der Staat besoldet, erhebliche Ersparnisse zu machen, sei in diesem Zusammenhang nur hingewiesen. Besondere Anstrengungen müssen jetzt auch gemacht werden, um den Reichsverband deutscher Juden zustande zu bringen, da es eine Fülle von Aufgaben gibt, denen nur er gerecht werden kann.

Zur Frage des Schächtens nahm nun in besonders eindringlichen Ausführungen Herr Rabbiner Dr. Stein Stellung; er kritisierte die Haltung der bayerischen Regierung und des Landtags und betonte mit besonderem Nachdruck, daß der Leitung des Verbands und auch dem Kultusministerium und seinem Referenten eine Schuld an dem betrüblichen Ergebnis nicht zugemessen werden könne. Er forderte zu einem flammenden Protest gegen das ungerechte Gesetz auf.

In der weiteren Debatte sprach Herr Hauptlehrer Wahler zu Beamtenfragen. Rabbiner Dr. Freudenthal richtete an seine liberalen Freunde die Bitte, die Wichtigkeit der Ausgaben für historische Arbeiten und Inventarisation von Kunstwerken nicht zu verkennen; Justizrat Dr. Rosenthal und Dr. Baron beschäftigten sich mit den Ausführungen Dr. Bambergers über den Centralverein. Dr. Baron verlangte eine Entgiftung der Atmosphäre, vor allem von der Gegenseite, die ja mit den Angriffen begonnen habe; er würde sich dann gerne dafür einsetzen, daß innerjüdische Streitfragen im Centralverein zurückgestellt würden. Dr. Landenberger forderte die Aufmerksamkeit des Verbands für den Fortgang der Siedlungsarbeit des RJF; Justizrat Dr. Emil Fränkel protestierte gegen das Schächtverbot und dankte den Liberalen für die volle Solidarität, die sie in dieser Frage bewiesen hätten; er machte darauf aufmerksam, daß es gelte, diese Solidarität auch weiterhin durch die Tat zu beweisen, die ganze jüdische Bevölkerung müsse schon aus demonstrativen Gründen nach dem 1. Oktober koscheres Fleisch aus nichtbayerischen Ländern beziehen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen forderte

er Unterstützung der bestehenden und Einrichtung von neuen jüdischen Schulen.

Auf Antrag von Rabbiner Dr. Bamberger (Kissingen) unterbrach die Tagung ihre Verhandlungen als Zeichen des Protestes gegen das Schächtverbot für eine Minute und erhob sich von den Plätzen.

Nach Erledigung verschiedener zum Etat vorliegender Anträge wurde dieser einstimmig en bloc angenommen und der Umlagensatz auf drei Prozent wie in den vergangenen Jahren festgesetzt.

Gesetzgebungsarbeit

Der nun zur Verhandlung gelangende Antrag Dr. Bambergers auf Verfassungsänderung, durch den die Ausnahmebestimmungen über das Wahlrecht für Nichtreichsangehörige gestrichen werden sollten, wurde an den Verfassungsausschuß verwiesen, da die Liberalen erklärten, er müsse gleichzeitig mit anderen notwendig gewordenen Anträgen auf Verfassungänderung behandelt und vorher im Ausschuß durchberaten werden. Ein Antrag auf Einrichtung von Disziplinargerichten wurde angenommen, ein Antrag auf Ermöglichung der Hinausschiebung der Ruhestandsversetzung von Beamten wegen bevorstehender reichsrechtlicher Regelung von der Tagungsordnung abgesetzt; ein Antrag auf volle Anrechnung der außerhalb Bayerns verbrachten Dienstzeit bei der Festsetzung der Beamtengehälter an den Rat verwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach mit Genehmigung des Rats eine Lösung des Dienstverhältnisses von Beamten durch die Gemeinde erfolgen kann, wenn die Gemeinden auch bei Berücksichtigung der Zuschüsse des Verbands finanziell nicht mehr in der Lage sind, die Mittel für die Besoldung des Beamten aufzubringen und diesem eine andere geeignete, gleichbesoldete Anstellung sowie Wohnung nachgewiesen wird. Eine Reihe von kleineren Änderungen formeller Bedeutung wurde ebenfalls angenommen.

In der Sitzung vom Montag vormittag, die zum Teil Rabbiner Dr. Wohlgemuth leitete, wurden die Vorlagen des Rats in bezug auf Regelung des Vorbeterdienstes an den hohen Feiertagen in zuschußbedürftigen Gemeinden und auf die Abhaltung des Gottesdienstes in lehrerlosen Gemeinden angenommen. Darnach können jetzt in beamtenlosen Gemeinden Gemeindemitglieder zum Vorbeten herangezogen und vom Verband besoldet werden. Ferner wurde ein Ausschuß eingesetzt, der mit der Vorbereitung eines Stellenplans für Beamte beauftragt ist, eine Änderung der Besoldungsordnung für nicht vollbeschäftigte Beamte vorgenommen und die Regelung der Bezüge der Schächtbeamten bis nach dem 1. Oktober vertagt.

Die Rabbinatsbezirksordnung

Die Grundgedanken der Rabbinatsbezirksordnung, die den wichtigsten Verhandlungsgegenstand der Tagung darstellte und über die Herr Justizrat Dr. Hommel referierte, sind unseren Lesern bereits bekannt: in einer langwierigen und mühevollen Einzelberatung, die mehrmals die Einlegung von Verhandlungspausen zu Sonderbeschlußfassungen des Rats und der Fraktionen notwendig machte, schien sich eine Lösung der schwierigen Frage des Frauenwahlrechts anzubahnen. Obwohl die Orthodoxen wiederholt die Erklärung abgaben, daß diese Frage für sie religiöser Natur, daher durch Mehrheitsbeschluß nicht zu entscheiden sei und daß sie aus diesem Grunde an der Beratung nicht teilnehmen könnten, bemühte man sich, eine Fassung des betreffenden Paragraphen zu finden, die all ihren berechtigten Wünschen gerecht würde. Man muß sagen, daß dies voll und ganz gelungen ist. Darnach sollte der Bezirksrabbiner von der Bezirksversammlung in geheimer Wahl mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden (also indirekt) und es sollte die Bezirksversammlung durch einfachen Mehrheitsbeschluß in der Lage sein das Frauenwahlrecht auszuschließen oder ohne Wahlverfahren den Rabbiner zu berufen. In der Einzelabstimmung wurde diese Fassung angenommen; eine Auszählung der Stimmen erwies sich infolge der Abstinenz der Orthodoxen unmöglich. Schwierigkeiten ergaben sich noch bei den Bestimmungen über Gemeinde-(Stadt-)rabbinate, hinsichtlich deren die Vorlage des Rats manche Änderungen erfuhr.

In der Schlußabstimmung über den Gesamtentwurf wurde dieser mit 20 Stimmen gegen 19 überraschenderweise abgelehnt; neben den Orthodoxen hatte auch ein Teil der Volkspartei dagegen votiert, obwohl im Laufe der Verhandlungen Justizrat Dr. Elias Straus sich für die Ermöglichung des Frauenwahlrechts eingesetzt hatte.

Das Ergebnis

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Tagung deprimierend geendet hat; nicht nur, weil eine Zufallsabstimmung (ein Teil der liberalen Partei hatte offenbar, des schließlichen Erfolges sicher, die Sitzung vorzeitig verlassen; von der Volkspartei waren mehrere Mitglieder verhindert, an der Tagung teilzunehmen) das Ergebnis langer und mühevoller Vorverhandlungen zunichte gemacht hat, sondern weil es nicht gelungen ist, eine Einigung auch tatsächlich herbeizuführen, nachdem die Differenzen in Wirklichkeit bereits durch ein ausgezeichnetes und in jeder Richtung befriedigendes Kompromiß bereits ausgeglichen waren. Die starre Haltung der Konservativen muß dabei um so mehr verwundern, als sie ja seit Bestehen des Verbands sich mit dem Frauenwahlrecht abgefunden haben und ihre Mitarbeit seines Bestehens wegen nie versagt hatten; daran hat sie auch nicht gehindert, daß die Tagung Frauen zu ihren Mitgliedern zählt. Mit Recht wies Justizrat Dr. Straus ferner darauf hin, daß Rabbiner Dr. Ehrentreu s. A., gewiß eine rabbinische Autorität, niemals gegen die Verhältnisse in München protestiert habe, wo doch auch das Frauenwahlrecht in Geltung sei. Bedauerlich bleibt, daß die jüdische Volkspartei in dieser Frage auseinandergefallen ist: sie wird wohl nicht umhin können, ihre Stellungnahme zu vereinheitlichen und bei einer Wiederaufnahme der Rabbinatsbezirksordnung auf einer kommenden Tagung für deren Annahme einzutreten. Denn wenn diese Rabbinatsbezirksordnung eine Notwendigkeit ist — und sie ist es in erster Linie für die orthodoxen Landbezirke —, dann wird sie bald kommen müssen; fast möchte man befürchten, daß sie infolge des orthodoxen Widerstandes erst in einem Zeitpunkt angenommen wird, in dem sie nichts mehr nützen kann. Die Auflösung der Landgemeinden schreitet ja zusehends fort; zu ihrer Festigung, zur Sicherung der Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse wäre die Rabbinatsbezirksordnung ja ein Beitrag gewesen. Und ist nicht die Erhaltung der Landgemeinden wichtiger, als die Aufrechterhaltung eines bestrittenen und sogar in anderen wichtigeren Fällen bereits aufgegebenen orthodoxen Dogmas — noch dazu, wo dessen Durchsetzung den Orthodoxen in Praxi außerordentlich leicht gemacht wäre?

Sind in dieser Richtung also Ergebnisse nicht

vorhanden, so fehlen sie auch in manch anderer Beziehung. Daß Etat und Beamtenfragen in aller Friedlichkeit erledigt werden konnten, was gewiß verdienstlich ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Tagung ein großes und befreiendes Wort in Sachen des Reichsverbandes hätte sprechen müssen — was nicht geschehen ist, daß diese Tagung zu den drängenden jüdischen Wirtschaftsfragen, denen mit Hilfstätigkeit nicht beizukommen ist, sich anders hätte verhalten müssen und wenn sie nur einen Ausschuß zur Untersuchung des Fragenkomplexes eingesetzt hätte — was nicht geschehen ist, daß diese Tagung eine längst notwendige und unerläßliche Bereinigung der Verfassung versäumt hat — was durch ein zu geschäftsordnungsmäßiges Verfahren verhindert wurde. Diese Tagung war die letzte der Wahlperiode — die zu Beginn des nächsten Jahres neu zu wählende Tagung wird ein weites Arbeitsfeld vorfinden. I. E.

* * *

Der Sonntag abend vereinigte die Mitglieder der Körperschaften des Verbandes und der Kollegien der Israelitischen Kultusgemeinde München zu einem von der Gemeinde München veranstalteten Festabend, der in allen Teilen harmonisch verlief.

* * *

Während der Tagung kam die Gründung eines **„Bayerischen Landesvereins für jüdische Museen und Kunstpflege“** zustande. Die Teilnehmer wurden und werden aus allen Landesteilen geworben. Nähere Ausführungen hierzu werden noch folgen.

Geschlossene Abwehr

Die letzten Wahlerfolge der nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind leider nicht unerwartet gekommen. Die allgemeine Notlage und das Versagen der bürgerlichen Parteien haben den Nationalsozialisten die günstigen Voraussetzungen geschaffen, um mit ihrer hauptsächlich auf den Antisemitismus zugespitzten Propaganda in den breiten Massen der Wählerschaft Erfolge zu erringen. Hierbei kommt es für uns Juden hauptsächlich auf den Umstand an, daß in Deutschland eine Partei von vornherein Chancen zu Aufstieg und Machterlangung besitzt, wenn sie sich des niemals versagenden Mittels der judenfeindlichen Aufhetzung bedient. Man konnte in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen Äußerungen führender Nationalsozialisten lesen, in denen diese, wenn auch verblümt, durchblicken ließen, daß der Judenhaß gar nicht das Kernstück ihres Programmes sei, daß sie vielmehr ganz andere ökonomische und soziale Wünsche in den Vordergrund stellen. Diese Erklärungen sind für uns Juden ein sehr schwacher Trost, denn erstens gibt eine Partei selten die Waffen preis, mit deren Hilfe sie emporgekommen ist, und zweitens ist vorauszusehen, daß zunächst innerhalb der Nationalsozialisten, wenn deren Führer sich mäßigen sollten, irgendeine Gruppe um so stärker den Antisemitismus betonen wird, und daß im Falle, der übrigens ganz unwahrscheinlich ist, daß die Nationalsozialisten auf den Radau-Antisemitismus verzichten, sich sicherlich wiederum eine Gruppe von „Politikern“ finden wird, die den Versuch machen wird, mit Hilfe des unfehlbar erfolgversprechenden Judenhasses sich in das Licht der öffentlichen Geltung zu drängen. Damit ist nur gesagt, daß man mit der konstanten Bereitwilligkeit der nichtjüdischen Umwelt in Deutschland, der antisemitischen Parole zu folgen, von jüdischer Seite rechnen muß. Es würde alles besser werden, sagte einst Theodor Herzl, wenn man uns zwei Generationen lang in Ruhe lassen würde. Möglicherweise würde sich alsdann eine erträgliche Form des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden in der Diaspora herauskristallisieren. Aber man wird uns keine Ruhe geben, schließt Theodor Herzl seine Betrachtung. Und er hat mit dieser Feststellung nur allzurecht. Es ändern sich die Methoden und Erscheinungsformen des Judenhasses. Dieser Haß als solcher aber bleibt.

Wenn man also auch hinsichtlich der restlosen Ausmerzung der Judenfeindschaft innerhalb der Völker, in deren Mitte wir leben, sehr skeptisch ist, so folgt daraus noch nicht, daß man nicht alles versuchen will, um die ärgsten Auswirkungen der Judenfeindschaft zu mildern. Und die Erreichung dieses Zieles ist durchaus möglich. Allerdings gehören dazu zwei Voraussetzungen. Erstens eine Änderung der bisherigen Methoden in der Bekämpfung des Judenhasses durch die Juden und zweitens eine geschlossene jüdische Front. Die beste politische Methode bleibt letzten Endes doch die ungeschminkte Feststellung der wahren Sachlage. Es ist bei der Betrachtung dieser Probleme von der Tatsache auszugehen, daß die Judenheit in der ganzen Welt und in jedem Lande besonders eine stärker oder schwächer miteinander verbundene Gemeinschaft darstellt, die durch verschiedene Merkmale von der Umgebung gesondert ist. Wir sind eine unterscheidbare Minderheit und haben außer den allgemeinen staatlichen Interessen in jedem Lande und den Menschheitsinteressen in der ganzen Welt auch durchaus legitime eigene jüdische Interessen, die in keiner Weise einen Gegensatz zu den Interessen unserer Umwelt darstellen. Jeder Versuch, diese Sachlage zu verschleiern, ist verderblich, weil er unsere gerechten Forderungen als unaufrichtig und wenig überzeugend erscheinen läßt. Es ist nicht notwendig, unseren Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung und Gleichgeltung mit der Behauptung zu motivieren, daß wir der Umwelt, von der wir die Gleichberechtigung verlangen, völlig gleichen. Noch schlechter ist die Methode, unsere Ansprüche von Gesinnungen abhängig erscheinen zu lassen, die den Parteien und Richtungen, an die wir uns wenden, in einem gewissen Zeitpunkte genehm sind. Erstens ist es unmöglich, allen Parteien in der nichtjüdischen Umwelt gesinnungsmäßig vollkommen gerecht zu werden, und zweitens ist es nicht wahr, für die gesamte Judenheit in einem Lande das Bestehen einer einzigen Gesinnung zu behaupten. Unsere Ansprüche können sich nur auf objektive Merkmale stützen, denn nur diese bilden eine brauchbare Rechtsbasis, von der aus Aktionen zum Schutze der Juden unternommen werden können. Wir verkennen nicht, daß durch Schaffung der Rechtsbasis allein das Problem der unterschiedlichen Behandlung von Juden im Staate noch nicht gelöst ist. Die wahre Gleichberechtigung hängt nicht von juristischen Definitionen sondern von politischen Machtfaktoren ab. Und in dieser Hinsicht muß man dauernd mit Schwankungen rechnen.

Die zweite Voraussetzung einer ersprießlichen jüdischen Arbeit im Kampfe gegen den Judenhaß ist die geschlossene jüdische Front. Diese aber ist nur auf Grundlage objektiver Merkmale zu erzielen. Sie muß vom Geiste der Selbsthilfe getragen sein und alle Juden umfassen. Einerlei, was der einzelne Jude als das Hauptmerkmal seines Judeseins erachtet — in der jüdischen Gemeinde sind alle Juden vereinigt, die Frommen und Unfrommen, die Reichsinländer und Reichsausländer, die Zionisten und Assimilanten. Der Judenhaß richtet sich unterschiedslos gegen alle Juden. Es ist also logisch, daß die Juden in ihrer Gesamtheit die Träger der Abwehrarbeit gegen den Judenhaß werden. Damit ist keineswegs die Bedeutung der bisherigen Leistungen einzelner Organisationen auf dem Gebiete der Abwehrarbeit in Frage gestellt. Wenn man aber liest, daß in der letzten Zeit seitens des Centralvereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens Protestversammlungen einberufen wurden und daß kurze Zeit hernach der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten bei Behörden vorspricht und auch seinerseits Protestversammlungen einberuft, so muß man bedenklich werden. Es gibt in Deutschland sehr viele Juden, die weder im Centralverein, noch im Reichsbund der Jüdischen Frontsoldaten organisiert sind. Sind diese Juden etwa weniger an der Bekämpfung des Judenhasses interessiert als die Mitglieder des Centralvereins und die ehemaligen Teilnehmer am Weltkriege auf der deutschen Front? Die breiten Schichten der Judenheit müssen erstaunt fragen, warum nicht die gesamtjüdischen Organisationen, die Gemeinden, die Landesverbände und die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände bisher auf den Plan getreten sind. Es ist uns selbstverständlich bekannt, daß die Abwehrarbeit eine Fülle von organisatorischen und technischen Maßnahmen beansprucht, die im Laufe langer Jahrzehnte erprobt worden sind. Darum ist es sicherlich notwendig, daß Organisationen, die sich in dieser Arbeit spezialisiert haben, auch in Zukunft all ihr Können an hervorragender Stelle in den Dienst des Abwehrkampfes stellen. Dadurch aber ist nicht ausgeschlossen, daß die große politische Linie in dieser Arbeit von der Gesamtheit aller Juden gezogen wird.

Wir sind überzeugt, daß die Not der Zeit schließlich dazu führen wird, daß sich die zentralen jüdischen Organisationen ihrer Pflicht in dieser Beziehung bewußt werden. Nicht Konkurrenzneid gegenüber dem Centralverein oder dem Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten soll das Bewegende in der Tätigkeit sein, die die zentralen Verbände der Judenheit auf dem Gebiete der Abwehrarbeit übernehmen sollen, sondern die Sache selbst. Die Gefahr des Radau-Antisemitismus und die wirtschaftliche Not weiter Kreise der Judenheit in Deutschland sprechen eine viel zu deutliche Sprache, als daß sich die Juden in diesem Augenblick in bezug auf die Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus den Luxus der Rivalität leisten könnten. Zusammenfassung aller in der Abwehrarbeit stehenden Kräfte unter Führung der Gesamtvertretung der deutschen Judenheit, das ist die Forderung der Stunde. m. w.

Die Verhandlungen der Klagemauerkommission

Jerusalem, 24. Juni. (JTA.) Am Montag, dem 23. Juni, hielt die Internationale Klagemauerkommission ihre erste Sitzung ab. Der Vorsitzende Herr Loefgren leitete seine Eröffnungsrede mit dem Hinweis auf die Empfehlung der Shaw-Kommission ein, bald eine Kommission nach Palästina zu entsenden, die die Rechte und Ansprüche der verschiedenen Gemeinschaften auf die Klagemauer zu bestimmen haben soll. Er verlas dann die Resolution des Völkerbundsrates, die von der Ernennung einer Kommission zur Beilegung des Konfliktes an der Klagemauer handelt. Diese Kommission, fuhr Herr Loefgren fort, wurde von der britischen Regierung unter vollster Zustimmung des Völkerbundsrates, demgegenüber die Regierung in allen Angelegenheiten des Mandates die Verantwortung trägt, gebildet. Die Mitglieder der Kommission sind Bürger von Ländern, die in der strittigen Frage vollkommen unabhängig sind und hierin keinerlei Partei-Interesse haben. Die englische Regierung und der Völkerbundsrat, die beide bereit sind, das Mandat durchzuführen, haben betont, daß sie von uns eine unparteiische und gründliche Untersuchung erwarten, die ein ausschließlich auf ehrlichem Begreifen des Rechtes und auf Unparteilichkeit sich gründendes Urteil zum Ergebnis haben soll.

Als der Vorsitzende seine Eröffnungsrede beendete, erhob sich Dr. David Yellin, um die Kommission zu begrüßen. In der Zusammensetzung der Kommission, sagte er, liege eine Gewähr für ihre Neutralität. Was die Juden verlangen, ist das Recht, vor der Klagemauer zu beten, ein Recht, das wohl begründet und unbestreitbar ist.

Als Vertreter der Araber erklärte Auni Bey, die moslemitische Welt habe das Bestreben, die Kommission bei ihrer Arbeit zu unterstützen; die moslemitische Vertretung sei aber nicht berechtigt, schon im voraus sich mit dem zukünftigen Verdikt der Kommission einverstanden zu erklären.

Die Palästina-Regierung ist in den Sitzungen offiziell nicht vertreten; der ersten Sitzung wohnten Steuart Davis, Herbert Bentwich, und Mavrogodato bei. An der Seite von Dr. Yellin haben Dr. Eliash und Rabbi Blau Platz genommen, neben Auni Bey saßen fünf Vertreter des Obersten Moslemitischen Rates, unter ihnen Jamal Husseini.

Jerusalem, 25. Juni. (JTA.) In der zweiten Sitzung der Klagemauerkommission kamen die moslemitischen Sachwalter zu Wort. Auni Bey Abdul Hadi, einer der Sekretäre des Moslemitischen Obersten Rates, führte aus, die Moslemiten seien die Eigentümer der Klagemauer und ihrer Umgebung, somit liege es den Juden ob, das Vorhandensein irgendwelcher jüdischer Rechte auf die Klagemauer nachzuweisen. Der Standpunkt der Moslemiten wurde fernerhin von Jamal el Husseini vertreten; Dr. Eliash erwiderte von jüdischer Seite.

Die Verknüpfung der Juden mit der Klagemauer seit Zerstörung des Tempels bis auf den heutigen Tag

Memorandum an die Internationale Klagemauer-Kommission

Jerusalem, 27. Juni. (JTA.) Am 25. Juni hielt die Internationale Klagemauerkommission ihre erste öffentliche Sitzung ab. In dieser Sitzung unterbreitete die jüdische Vertreterschaft der Kommission ein Memorandum, in welchem die enge Verknüpfung der Juden mit der Klagemauer seit der Zeit der Zerstörung des Tempels, von dem die Mauer den westlichen Teil bildete, bis auf den heutigen Tag aufgezeigt wird.

Dr. Mordechai Eliash hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache an die Kommission in englischer Sprache, die dann für die moslemitische Vertreterschaft ins Arabische übersetzt wurde. Neben Dr. Eliash erschienen als jüdische Vertreter Colonel F. H. Kisch, Rabbi Meir Berlin, I. Ben Zwi, Dr. David Yellin und Rabbi Blau. Unter der arabischen Vertreterschaft bemerkte man eine Reihe prominenter moslemitischer Anwälte aus Damaskus, die weiße Turbans trugen, und eine Anzahl moslemitischer Führer aus Palästina.

Der Vorsitzende der Kommission, Loefgren, gab

der Genugtuung der Kommission Ausdruck, ein so interessantes Memorandum über die Klagemauerfrage von der jüdischen Vertreterschaft erhalten zu haben, und erklärte, die Kommission werde die für den Nachmittag angesagte Sitzung nicht abhalten, um sich dem Studium des Memorandums widmen zu können. Loefgren stellte noch fest, daß die Juden materielle Eigentumsrechte an der Klagemauer nicht beanspruchen, und erklärte, absolute materielle Eigentumsgesetze seien für heilige Stätten, über welche die wildesten Schlachten ausgefochten wurden, überhaupt nicht anwendbar. Der Vorsitzende forderte die moslemitische Vertreterschaft auf, das moslemitische Eigentumsrecht auf die die Mauer umgebenden Gebäude und die Mauer selbst nachzuweisen. Er forderte die jüdische Vertreterschaft auf, darzulegen, ob die an der Mauer vollzogene Andacht eine individuelle oder ein Gemeinderitual ist, welcher Unterschied zwischen dem Gottesdienst an der Mauer und demjenigen an den Synagogen besteht, ob die beim Gottesdienst benutzten Zubehöre für den Gottesdienst unbedingt notwendig seien oder nur der persönlichen Annehmlichkeit der Andächtigen dienen sollen; schließlich sei darzulegen, welche Instanz die Gottesdienste an der Mauer arrangiert.

Eliash behielt sich vor, auf alle gestellten Fragen des näheren einzugehen, und erklärte schon heute, daß die Juden, obwohl sie die materiellen Eigentumsrechte der Moslemiten an der Mauer nicht in Frage zu stellen beabsichtigen, dennoch der Meinung sind, daß ein solches materielles Eigentumsrecht den Eigentümer nicht berechtigt, an der Mauer bauliche Veränderungen vorzunehmen oder Neubauten zu errichten.

Tagung der Politischen Kommission der Jewish Agency in London

London, 24. Juni. (JTA.) Am Montag, dem 23. Juni, wurde in London die Tagung der Politischen Kommission der Jewish Agency unter dem Vorsitz von Lord Melchett eröffnet.

Der Präsident der Jewish Agency, Dr. Weizmann, gab in längeren Ausführungen einen Überblick über die jetzige politische Lage. Er ging im Detail auf alles ein, was sich seit der letzten Sitzung der Politischen Kommission, im November 1929, auf dem politischen Gebiete des Zionismus ereignet hat. Er erstattete ausführlich Bericht über die seitens der Jewish Agency mit der britischen Regierung geführten Unterhandlungen und über seine eigenen Schritte während dieser Zeit. Er übte Kritik an der Haltung der Regierung im allgemeinen und verweilte insbesondere bei der Maßnahme der zeitweiligen Suspendierung der jüdischen Arbeiter-Einwanderung nach Palästina.

In der ersten Sitzung ergriffen noch das Wort Dr. Maurice, B. Hexter, Ben Gurion und der Bürgermeister von Tel-Awiw Dizengoff, der einen Überblick über die Lage in Palästina gab.

London, 25. Juni. (JTA.) In der zweiten Sitzung der Politischen Kommission der Jewish Agency, am 23. Juni, fand eine Diskussion über die Suspendierung der Arbeiter-Schedule für Palästina durch die englische Regierung statt. Der Präsident der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, gab eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß die spontanen Protestkundgebungen gegen die Suspendierung der Zertifikate, die von allen Teilen der Judenheit ausgehen — obwohl sie voll und ganz gerechtfertigt sind —, dennoch nicht antienglisch betont sind. Dr. Weizmann legte dann weiter die Richtlinien der nun zu befolgenden Politik dar. Den Vorsitz in dieser Sitzung führte Herr Leo Motzkin.

Vor der Erklärung Dr. Weizmanns schilderte der Führer des polnischen Misrachi und Präsident der Warschauer jüdischen Gemeinde, Sejmdeputierter H. Farbstein, die durch alle Teile der Judenheit gehende heftige Erregung über die Suspendierungs-Verordnungen der Regierung.

S. Kaplansky, Mitglied der Exekutive, berichtete über verschiedene seitens der Jewish Agency der Regierung unterbreitete Vorschläge. Dr. Victor Jacobson berichtete über die Lage in Genf.

An der der Erklärung Dr. Weizmanns folgenden Diskussion beteiligten sich Dr. Georg Landauer, O. E. d'Avigdor Goldsmid und Dr. Nahum Goldmann.

Die Kommission ernannte einen Unterausschuß zur Prüfung der gemachten Vorschläge und zur Ausarbeitung der Resolutionen. Der Kommission gehören Leo Motzkin, Dr. Bernhard Kahn, D. Ben-Gurion, Kurt Blumenfeld, H. Farbstein und Dr. Nahum Goldmann an.

Am 24. Juni vormittags wurde die Aussprache über die politische Lage fortgesetzt. Es beteiligten sich an derselben die Herren M. Dizengoff, Nahum Sokolow, Remez, Dr. Bernhard Kahn, Dr. Maurice, B. Hexter und Kurt Blumenfeld. Nach Beendigung der Aussprache gab Dr. Weizmann eine weitere Erklärung ab, der eine Erklärung von Harry Sacher folgte.

Am 24. Juni abends wurde die Tagung der Politischen Kommission der Jewish Agency beendet, nachdem eine Reihe Resolutionen angenommen worden war.

Die Zionistische Exekutive beschließt die Einberufung des XVII. Zionistenkongresses noch vor Dezember 1930

Am 24. August tritt das A. C. in Berlin zusammen.

London, 25. Juni. (JTA.) Die Zionistische Exekutive beschloß, den XVII. Zionistenkongreß noch vor Dezember des Jahres 1930 abzuhalten. Am 24. August tritt das Aktions-Comitee in Berlin zu einer Tagung zusammen, in der das genaue Datum und der Tagungsort des Kongresses bestimmt werden sollen.

Sitzung des Landesvorstandes

der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Der Landesvorstand der Z. V. f. D. hielt am 29. Juni in Berlin eine Sitzung ab. Einziger Punkt der Tagesordnung war Aussprache über die politische Lage. Das einleitende Referat hielt Kurt Blumenfeld, der, von einer längeren Palästinareise zurückgekehrt, soeben an der Sitzung der Politischen Kommission der Jewish Agency in London teilgenommen hatte. An der Aussprache beteiligten sich die Herren: Moses, Goldmann, Landsberg, Lichtheim, Landauer, Michaelis, Halpern, Kanowitz, Nußbaum, Weltsch. Folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution wurde mit 33:9 Stimmen angenommen:

Der Landesvorstand der Z. V. f. D. billigt die politische Grundhaltung des Referates von Kurt Blumenfeld.

Der Landesvorstand erklärt sich insbesondere mit der Stellungnahme der politischen Kommission der Jewish Agency einverstanden. Er begrüßt es, daß die Exekutive der Zionistischen Organisation einen Weg sucht, um einen modus vivendi mit den Arabern in Palästina herbeizuführen. Der Lan-

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

20. Fortsetzung

„Ein dreckiger Beruf, sag ich dir!“

„Was?“

„Gar nicht! Mach Beine!“

Die Schmuggler zerstreuten sich über die Felder...

Kasriel trat mit einer Verbeugung auf Mordechai zu und sprach ihn in einem Gemisch von Polnisch und Jiddisch an.

„Kann ich vielleicht etwas für Sie tun, Panie? Ich merke schon, der ‚Haman‘ hat Euch zurückgeschickt... Sie glauben natürlich, er sei ein Deutscher, keine Spur! Ein Pole ist er! Ihr seid nicht die einzigen; gestern erst hat er es mit drei jungen Herren ebenso gemacht. Wäre nicht Reb Bliasch zu Hilfe gekommen und hätte sie über die Grenze gebracht, so würden sie noch heute hier sein... Ja... wer weiß... vielleicht...“

„Wo wohnt der Herr Bliasch?“

„An der Grenze. Die Goluminer Güter gehören ihm. Wenn Ihr wollt... Doch sprecht zu Bliasch ganz offen, sagt ihm die Wahrheit! Er stammt selber, so heißt es, aus Russisch-Polen, er wird Euch gern einen Gefallen tun... Also“, der lange Kasriel lachte über das ganze Gesicht, „der Russe wird wirklich verjagt werden?“

„Man tut's schon!“

„Gott gebe es!“

„Und was sagt man hier bei Euch dazu?“ fragte Mordechai neugierig.

„Meint Ihr die Gojim? Sie reden auch mehr als sie tun! Ein paar Stadtleute und ein paar Gutsbesitzer, das ist alles; die Masse rührt sich nicht!“

„Und die Juden?“

„Die Juden kümmern sich nicht darum!“ Kasriel dämpfte seine Stimme. „Es heißt freilich, daß Bliaschs Sohn ein ganzes Regiment unterhält und irgendwo bei Plozk kämpft, und der Sohn des Baders Mojsche hat seine Frau und seine sechs Kinder verlassen und ist zu den Aufständischen gegangen. Und sonst, die Grenze ist offen und so macht man ein paar Groschen, solange es geht... Der Gerer Rebbe hält, so sagt man, zu den Russen...

„Reb Itsche Meïr?“

„Ja, Reb Itsche Meïr. Der Pan ist wohl auch aus Kongreßpolen?“

„Ja.“

„Aus unserer Gegend?“

„Nein.“

„Woher?“

„Aus der Gegend von Plozk.“

„Und geht wirklich und wahrhaftig mit?“

„Wohin?“

„Ich meine... nun... in den Aufstand...“

„Ja.“

„Sooo...‘

Überrascht schob Kasriel seinen Hut zurück und warf einen langen Blick auf Mordechai, der ebenso Zweifel wie Hochachtung ausdrücken konnte. Dann streckte er Mordechai die Hand entgegen:

„Gott helfe euch, daß Ihr heil wiederkommt!“

„Amen!“ Mordechai drückte warm die Hand des Juden...

„Wer ist das, ein Bekannter?“ fragte Wirzbicki.

„Nein, irgendein Jude“, erwiderte Mordechai lächelnd und erzählte Wirzbicki das ganze Gespräch; dabei fiel ihm eine spaßhafte Geschichte ein.

Krasnopolski ging einst mit einigen Kollegen über die Marszalkowska in Warschau, da kam ihm sein Vater im langen Kaftan entgegen und sprach ihn an. Als die Kollegen ihn fragten, wer der Jude sei, der ihn angesprochen hatte, antwortete er, das sei ein Pächter seines Vaters.

„Es hat keinen Sinn, daß wir fahren!“ entschied Wirzbicki, nachdem er Mordechais Bericht gehört hatte. „Ehe der Kutscher sich rührt, sind wir längst beim Pan Bliasch.“

„So gehen wir!“ Sie schlugen einen Seitenpfad ein, der zwischen Feldern führte.

Eine alte Frau, spindeldürr, mit einer Vogelnase im spitzen Gesicht, kam den beiden Wanderern entgegen. Im Vorübergehen hob sie den vorgeneigten Kopf, warf einen Blick auf die Fremden und krächzte:

„Gelobt sei Jesus Christus!“

„In Ewigkeit, Amen, Großmütterchen!“

„Die Alte krächzte wie ein Rabe“, sagte Wirzbicki, als sie vorüber war.

„Was liegt daran?“

„Ein schlechtes Vorzeichen!“

„Unsinn, Joschko! Schließ' lieber den Mantel, der Frost beißt tüchtig!“

„In so einer Nacht im Felde liegen und auf den Feind warten...“ Wirzbicki beendete den Satz mit einem Pfeifen.

„Es wird mehr als eine solche Nacht sein...“

„Ich wollte, wir wären schon so weit!“

„Geduld, du wirst bald so weit sein!“

„Hör', Alter!“ Wirzbicki faßte Mordechai beim Arm. „Offen und ehrlich, du weißt, daß ich jederzeit bereit bin, mein Leben für Polen zu lassen, was sagst du, gibt es wenigstens eine Hoffnung, daß wir siegen?“

„Alles ist möglich, Joschko. Und wärest du sicher, daß die Sache hoffnungslos ist, ein frevelhaftes Spiel, wie es der Kommissär nannte, würdest du dann nicht mitgehen?“

„Ich würde gehen...“

Auf einer Anhöhe erhob sich ein mächtiges Gebäude mit langen Seitenflügeln. Es stand am Ende eines alten Parkes; die kahlen Äste der Bäume ließen ihn schütterer aussehen, als er in Wirklichkeit war. Von dem Gebäude her kam ein mit Schnitzwerk verzierter, mit zwei glänzenden Pferden bespannter Schlitten gefahren; die Tiere warfen wiehernd die Köpfe empor, als ob sie sich von den schmalen Zäunen losreißen wollten, und von ihren Hufen stob der Schnee nach allen Richtungen.

Im Schlitten saßen zwei Damen, offenbar Mutter und Tochter. Die jüngere musterte mit großen, schwarzen Augen die beiden Fremden. Sie schauten einander an und betraten den Gutshof.

Ein älterer Jude in kurzer Pelzjacke und gerippter Samthose ritt ihnen entgegen:

„Wen suchen Sie, Panowie?“

„Den Besitzer.“

„Den alten Pan Bliasch?“

„Ja, Panie!'

„Darf ich wissen, was Sie von ihm wünschen?“

„Es tut uns sehr leid, Panie... es handelt sich um eine ganz private Sache...“

Wirzbicki zog seine Visitenkarte hervor und reichte sie dem Reiter.

„ Bitte!“ Er deutete auf Mordechai. „Das hier ist mein Kamerad, Herr Alter... Haben Sie die Güte, uns dem Herrn Bliasch zu melden...“

Als der Reiter den Namen „Alter“ hörte, betrachtete er Mordechai, als wäre ihm dessen Name bekannt; dann deutete er mit der Hand auf seine Brust:

„Was kann Bliasch für Sie tun?“

„Wir sind zu Ihnen gekommen, Herr Bliasch...“ Mordechai machte eine Verbeugung. „Wir haben gehört, daß... Sie Pole sind... so sind wir gekommen... wir kommen um Rat und Hilfe... Ich will ganz offen sein... wir wollen uns dem Aufstand anschließen. An der Grenze hat uns der Kommissär, der selbst Pole ist, zurückgeschickt. Er hatte Mitleid mit uns und wollte nicht, daß wir nutzlos unser Blut vergießen. Um die ganze Wahrheit zu sagen,“ Mordechai lächelte, „mir, dem Juden, hat er gestattet, die Grenze zu überschreiten, und hat nur meinen Kollegen, der Katholik ist, zurückgeschickt. Wenn wir auch zurückfahren wollten, hätten wir kein Geld zur Reise... So sind wir gekommen...“

„Sie sind gewiß müde, meine Herren.“ Bliasch saß ab und übergab sein Pferd einem Knecht. „Treten Sie ein, zunächst werden Sie sich waschen und mit uns speisen, alles übrige werde ich schon besorgen.“

Mordechai bemerkte, daß auf Bliaschs Samthose die Schaufäden eines Tallis-Koton baumelten.

„Magda!“ rief Bliasch.

Ein Mädchen kam aus der Küche und verneigte sich:

„Was befiehlt der Herr?“

„Führe die Herren in den linken Flügel!“ Und zu den beiden Fremden gewandt: „In einer halben Stunde wird gegessen... Bitte keine Widerrede! Auf Wiedersehen!“

Der „praktische Salman“

Mordechai und Wirzbicki kamen sofort in bessere Stimmung, als sie sich gewaschen und die Kleider abgebürstet hatten. Jetzt warteten sie nahezu ungeduldig darauf, zum Essen gerufen zu werden; nach den langen Reisetagen und dem Empfang an der Grenze tat ihnen Bliaschs menschenfreundliche Art wohl; sie vergaßen, was vorher gewesen. Wirzbicki pfiff vor sich hin, und Mordechai schaute durch den offenen Fensterladen zu den alten, kahlen Eichen hinüber, die die Aussicht auf die Kuh- und Pferdeställe verdeckten. Die mächtigen Äste lehnten sich an die Mauern der Steinflügel und blickten auf die zwei runden, festungsähnlichen Türme nieder.

Fortsetzung folgt.

desvorstand hält es für eine Hauptaufgabe der zionistischen Politik, wirtschaftlich und politisch energisch und schnell einen Ausgleich zwischen unserem Volk und dem arabischen Volk anzubahnen. Ziel dieser Politik ist die Sicherung der vollen und freien Entwicklung des Jüdischen Nationalheims.

Wir verlangen, daß unser Recht auf Einwanderung und freie Kolonisation und unsere auf eigenem Recht beruhende, international verbürgte freie und autonome politische Entwicklung unbeschränkt bleibt. Der Landesvorstand hält es für erforderlich, daß bei der Vertretung unserer politischen Forderungen fundierte praktische Vorschläge unterbreitet werden, die einen Arbeitsplan für die nächsten Jahre enthalten.

Der Landesvorstand identifiziert sich mit der Haltung der Politischen Kommission gegenüber der britischen Regierung. Er hält es angesichts der schädlichen Maßnahmen der Regierung für erforderlich, die Kräfte der zionistischen Welt und der Judenheit so energisch einzusetzen, daß der britischen Regierung die Entschlossenheit des jüdischen Volkes spürbar zum Bewußtsein gebracht wird. Die Zionistische Organisation muß unter allen Umständen und mit dem Aufgebot aller verfügbaren Mittel die Verwirklichung der internationalen Verträge und der Verpflichtungen der Mandatarmacht über die Errichtung des Jüdischen Nationalheims herbeiführen.

Die große Entwicklung unseres Siedlungswerkes in den letzten Jahren und die innere Festigkeit und der Mut des jüdischen Volkes in Palästina erhöhen die Zuversicht der zionistischen Welt und verpflichten die Zionistische Organisation zum höchsten Krafteinsatz. Die unwandelbare zionistische Idee wird durch die Wechselfälle der Tagespolitik nicht berührt.

Der Landesvorstand ist damit einverstanden, daß die Politik der Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Sinne dieser Erklärung geführt wird und in der „Jüdischen Rundschau“ klar zum Ausdruck kommt.

Ferner wurden folgende zwei Resolutionen angenommen:

1. Der Landesvorstand protestiert gegen das gegen Jabotinsky gerichtete Einreiseverbot. Er erblickt in dieser Regierungsmaßnahme einen Verstoß gegen das Recht auf freie Einwanderung von Juden nach Palästina.

2. Der Landesvorstand mißbilligt aufs schärfste alle Versuche, die Mitglieder des Brith Schalom wegen ihrer Gesinnung zu diffamieren.

Aus der jüdischen Welt

Sitzung der Berliner Repräsentantenversammlung

Berlin, 27. Juni. (JTA.) Am 26. Juni trat die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde zu ihrer letzten Sitzung vor den großen Ferien zusammen. Auf Antrag der Jüdischen Volkspartei wurde die Schaffung eines Spezialreferates für Studentenhilfe beim Jugendpflegeausschuß beschlossen, um ein umfassendes Studentenwerk einzuleiten, das den geistigen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Studentenschaft Rechnung trägt. Im Namen des Vorstandes gab Direktor Kareski eine Erklärung ab, in der er mit Genugtuung feststellte, daß das jüngst ergangene Urteil gegen die Berliner Synagogenschänder und dessen Begründung durch den Gerichtsvorsitzenden geeignet seien, abschreckend und bessernd zu wirken. Dem Verband jüdischer Ingenieure und Chemiker wurde eine einmalige Beihilfe zwecks Arbeitsbeschaffung für seine Mitglieder bewilligt. Ferner wurden bewilligt Mittel für einen konservativen Jugendgottesdienst, für Reparatur der Synagoge Kaiserstraße (45 000 RM.), für Schwesternzimmer im Schwesternhaus Exerzierstraße (15 000 RM.), für die Jugendherberge in Wolzig, für die feierliche Übernahme der Synagogengemeinden Oranienburg und Köpenick, deren Eingemeindung jetzt vom Regierungspräsidenten genehmigt worden ist, für die Versuchsanstalt von Professor Warburg in Palästina (5000 RM.) aus dem für den Lehrstuhl an der Universität Jerusalem bewilligten Betrage, während der Vorstand über den Rest verfügen soll, für die Liberale Synagoge Wilmersdorf, für die chassidische Gemeinde Knesseth Jisroel (5000 RM.), für den Weltverband Schomre Schabbos anläßlich seines Berliner Weltkongresses, für den Synagogenverein Beth Scholaum, für den Hechaluz, für den Verein Schomre Hadass, für den Verein für jüdische Geschichte und Literatur, für das israelitische Frauen-Heim in Bad Nauheim, für Ferien-Fortbildungskurse der Vereinigung gesetzestreuer Lehrer, für Vorarbeiten zwecks Errichtung einer Synagoge im Hansa-Viertel (5000 RM.) u. a. m. Ferner wurde ein Betrag bis zu 80 000 RM. zwecks Schaffung eines Asyls auf dem Grundstück Lietzmannstraße 19—21 bewilligt, auf dem der Verein Jüdische Altershilfe für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark ein Altersheim errichtet. Zwecks Weiterberatung der Angelegenheit wurde eine gemischte Deputation eingesetzt. Die Steuerquote für das Jahr 1930 wurde wiederum auf 10 Prozent der Reichseinkommensteuer festgelegt.

Ein Schmuckbrunnen zerstört, weil der Stifter Jude war

Berlin, 26. Juni. (JTA.) Die Polizei in Köthen verhaftete einen Studierenden des 8. Semesters der Gewerbehochschule, der die wasserspeienden Löwenköpfe des Schmuckbrunnens am Bahnhofsplatz zu Köthen zerschlagen hatte, weil der Stifter des Brunnens ein Jude war. Der Täter gehört der Nationalsozialistischen Partei an.

Welchen Schaden Sauckels Äußerungen dem thüringischen Fremdenverkehr gebracht haben. In vielen Fällen wurden Zimmerbestellungen und bereits festgelegte Kuren, auch von Nichtjuden, rückgängig gemacht

Erfurt, 26. Juni. (JTA.) Das „Wochenblatt für den Synagogenbezirk Erfurt“ teilt mit: Die von einigen Zeitungen gebrachten Nachrichten über nationalsozialistische Ausschreitungen in Thüringer Badeorten entbehren jeder Grundlage und sind unwahr. Maßgebende Thüringer Verbände haben öffentlich bekanntgegeben, daß sie antisemitischen Bestrebungen fernstehen. So sind auf Einladung des Thüringer Hotelbesitzerverbandes die Vorsitzenden der am Fremdenverkehr beteiligten Wirtschaftsgruppen in Weimar zusammengekommen, um sich darüber schlüssig zu werden, auf welche Weise die durch die nationalsozialistischen Agitationsmethoden bereits eingetretene Schädigung des Verkehrsgewerbes abzuwenden ist. Es konnte an Hand schriftlicher Unterlagen festgestellt werden, daß nach dem Bekanntwerden der Äußerung des nationalsozialistischen Gauführers Sauckel im Landtage, in Thüringen wolle man keine Juden als Kurgäste haben, in vielen Fällen bestellte Zimmer oder bereits festgelegte Kuren in thüringischen Hotels und Bädern wieder rückgängig gemacht wurden, und zwar nicht nur von Juden. Zu dieser wirtschaftsschädigenden Partei-

agitation kommt der Sonderartikel einer großstädtischen Abendzeitung, der über tolle Zustände in Thüringen berichtet, die in vielen Punkten nicht nur übertrieben, sondern auch tendenziös entstellt sind.

Es ist immerhin interessant festzustellen, fährt das „Wochenblatt“ fort, daß der liberal-volksparteilich-nationalistische Erfurter Anzeiger die Stellung der Fremdenverkehrsverbände mit dem Zusatz: „Es ist ein Irrsinn, wenn die Berliner Linkspresse ihren Kampf gegen die Nationalsozialisten auf dem Rücken des Thüringer Fremdenverkehrs auszufechten versucht“, bekanntgibt, anstatt eindeutig von dem frevelhaften Treiben der Nationalsozialisten abzurücken.

Der thüringische Staatsrat Maschler wiederholt Sauckels Worte

Weimar, 27. Juni. (JTA.) Das demokratische „Jenaer Volksblatt“ bringt in seiner Nummer vom 24. Juni einen Bericht über eine Rede des thüringischen Staatsrats Maschler (Nationalsozilist). Danach soll sich Maschler in einer Versammlung in Aue im Vogtland u. a. geäußert haben: „Die Schulgebete werden nicht zurückgezogen, auch wenn der Staatsgerichthof gegen die Nationalsozialisten entscheiden würde.“ Von der Reichsregierung soll Maschler nach dem Bericht von „Betrügern und Verrätern in Berlin“ gesprochen haben. Die Nationalsozialisten wünschten, sagte Maschler, daß kein Jude wieder nach Thüringen komme.

Ein interessanter Prozeß um Walter Bloem

Stettin, 29. Juni. (JTA.) Ein interessanter Beleidigungsprozeß, den der bekannte Schriftsteller Dr. Walter Bloem gegen den Redakteur der „Pommerschen Tagespost“ Paul Niehaus angestrengt hat, beschäftigte die hiesige Strafkammer. In der „Pommerschen Tagespost“ war ein Aufsatz unter dem Titel „Renegaten“ erschienen, der sich u. a. mit Walter Bloem, insbesondere mit seinem Reisebuch „Weltgesicht“, befaßte. Es war darauf hingewiesen worden, daß Walter Blooms neuester Band Verse eine kolossal lobende Besprechung im „Berliner Tageblatt“ gefunden hatte. Der Beklagte sah das Renegatentum Bloems darin, daß er in seinem Buch, während er vorher gut vaterländisch gewesen sei, sich als international eingestellter Kosmopolit gebe. In der Verhandlung, in der der Angeklagte durch den Rechtsanwalt Graf von der Goltz verteidigt wurde, wurde auch als charakteristisch für Bloems angeblichen Gesinnungswechsel darauf hingewiesen, daß Walter Bloem für das „Hamburger Israelitische Familienblatt“ geschrieben habe. Dies in Verbindung mit der lobenden Kritik im „Berliner Tageblatt“ zeige auch, daß er nicht mehr den nationalen Standpunkt, den er früher eingenommen habe, vertrete. Deshalb sei die Bezeichnung „Renegat“ durchaus gerechtfertigt. Der Vertreter Dr. Bloems, Rechtsanwalt Dr. Klee (Berlin) führte aus, daß eine gut vaterländische Gesinnung, wie sie Bloem immer gezeigt habe, und noch heute zeige, durchaus vereinbar sei mit der gerechten Würdigung anderer Völker, und daß gerade Bloem diese höhere Form einer nationalen Gesinnung zeige, die sich darin auszeichne, daß er das deutsche Volk in den friedlichen Wettbewerb der Nationen eingereiht sehen wolle. Der Ausdruck „Renegat“ sei unter allen Umständen schwer beleidigend. Er bedeute nach allgemeinem deutschen Sprachgebrauch einen Gesinnungswechsel aus Charakterlosigkeit oder unlauteren Beweggründen. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an. Es erklärte, daß der Ausdruck „Renegat“ beleidigend sei, und daß die Absicht dieser Beleidigung auch aus der im allgemeinen kränkenden Form des Aufsatzes deutlich erhelle. Der Beleidiger wurde zu 100 RM. Geldstrafe verurteilt.

Beginn der Makkabiade in Antwerpen

Antwerpen, 27. Juni. (JTA.) An der großen Makkabi-Tagung die in Antwerpen stattfinden wird, und zu der Teilnehmer aus Amerika, Belgien, Bulgarien, Deutschland, England, Erez Israel, Estland, Finnland, Frankreich, Jugoslavien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Tschechoslowakei und Ungarn erwartet werden, wird auch die Zionistische Organisation beteiligt sein. Das Mitglied der Exekutive, Lazarus Barth, wird in der großen Propaganda-Versammlung, die am Sonnabend, dem 5. Juli, nach dem gemeinsamen Besuch der Weltausstellung geplant ist, das Wort ergreifen. Außerdem sind als Redner für diese Versammlung von führenden jüdischen Persönlichkeiten in Aussicht genommen der Präsident des Zionistischen Aktions-Komitees Leo Motzkin, Paris, aus Berlin die Herren Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, Direktor Georg Kareski, sowie der Präsident des Makkabi-Weltverbandes, Dr. Hermann Lelewer. Die Tagung dauert von Donnerstag, den 26. Juni an bis Montag, den 7. Juli. Von besonderer Bedeutung ist, abgesehen von den turnerischen und sportlichen Veranstaltungen, die Erörterung der Frage der 1932 für Palästina in Aussicht genommenen Makkabiade.

Die Wiener Israelitische Kultusgemeinde protestiert

Wien, 25. Juni. (JTA.) Die letzte Plenarsitzung der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde war zu einem großen Teil der Suspendierung der Chaluz-Alijah durch die englische Regierung gewidmet. Der Präsident der Gemeinde verlas ein Protestmemorandum, in welchem die Wiener Judenheit ohne Unterschied der Partei an die englische Mandatarmacht sowie an den Völkerbund als den Unterzeichner des Mandates appelliert, die historischen jüdischen Rechte auf Palästina, die neuerdings durch die internationale Welt verbürgt worden sind, in Geltung zu bringen. Kopien des Memorandums wurden an die britische Regierung und an die internationalen Körperschaften gesandt.

Fortsetzung und Ende des Parteitages der Zionisten Österreichs

Wien, 29. Juni. (JTA.) Der vor einiger Zeit begonnene, aber in der Mitte abgebrochene Parteitag der Zionisten Österreichs wurde wieder aufgenommen und friedlich zu Ende geführt. Zum Präsidenten des zionistischen Landeskomitees wurde der bisherige Vorsitzende des „Rings des Alte-Herren-Verbandes“, Dr. Oskar Grünbaum, gewählt. Es wurde beschlossen, zu Beginn des Herbstes 1930 einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten, der darüber die Entscheidung treffen soll, ob die Zionistische Organisation Österreichs sich auch in der Landespolitik betätige oder nur Arbeit für Palästina leisten solle. Die neue Leitung ist nur aus allgemeinen Zionisten und Vertretern der Hitachduth zusammengesetzt, man hofft aber, daß nach dem außerordentlichen Parteitag im Herbst auch Radikale und Revisionisten in die Leitung eintreten werden. Die Wünsche der Mehrheit gehen dahin, die landespolitische Arbeit einer neu zu schaffenden nationalen Organisation, wie sie z. B. in Kongreßpolen besteht, zu überlassen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der über die mandatswidrige Haltung der englischen Regierung, insbesondere über die Suspendierung der Alijah, die Entrüstung ausgesprochen und an England, den Völkerbund und das Gewissen der Weltnationen appelliert wird, daß das den Juden zugefügte Unrecht bald wieder gutgemacht wird. In einer zweiten Resolution wurde gegen die Mission Simpsons, der ohne Wissen der Zionistischen Exekutive ernannt worden ist, protestiert und dargetan, daß Simpsons Mission, die auf dem Shaw-Bericht basiert, absolut mandatswidrig ist, da das Mandat freie jüdische Einwanderung, Begünstigung einer dichten jüdischen Ansiedlung durch die Palästinaregierung und die Mandatarmacht vorschreibt. Es wurde auch einstimmig gegen die Zurückziehung des Palästinavisums für Jabotinsky protestiert. Mit 45 gegen 6 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Tätigkeit des Brith Schalom als gegen eine Durchbrechung der nationalen Front protestiert wird. Mit großer Mehrheit wurde ein Mißtrauensantrag der Revisionisten gegen die Zionistische Exekutive abgelehnt, mit ebenso großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der die Einberufung des Kongresses gefordert wird. Gegen die Stimmen von Hitachduth wurde beschlossen, daß die Zionisten den Tel-Chai-Fonds fördern sollen; gegen die Stimmen der Revisionisten wurde dann die allgemeine Pflicht zur Förderung des Palästina-Arbeiterfonds festgesetzt. Dem Hechaluz wurde die Sympathie aller Zionisten ausgedrückt und beschlossen, an alle Zionisten zu appellieren, die Arbeit des Hechaluz und die Hachschara gemäß den Kongreßbeschlüssen zu fördern.

Jahresbeitrag der Bukarester Jüdischen Gemeinde für Keren Hajessod

Bukarest, 29. Juni. (JTA.) Die Jüdische Gemeinde der Hauptstadt des rumänischen Reiches, Bukarest, nahm den von Dr. Lazar Mayersohn eingebrachten Antrag an, von jetzt ab regelmäßig in das Jahresbudget einen Beitrag für den Keren Hajessod einzustellen. Der Antrag wurde von 25 Mitgliedern der Gemeinderepräsentanz schriftlich unterstützt, andere anwesende Mitglieder protestierten, daß man nicht auch sie aufgefordert hatte, den Antrag zu unterschreiben. Nach einer Ansprache des Präsidenten der Gemeinde, Eli Bercovici, Mitglied der Jewish Agency, wurde einstimmig beschlossen, für das Jahr 1930 100 000 Lei (2500 RM.) für den Keren Hajessod zu bewilligen und in den kommenden Jahren nach Maßgabe des Möglichen diesen Betrag zu erhöhen.

Protest der Weltunion der Revisionisten gegen das Verbot der Rückkehr Jabotinskys nach Palästina

London, 25. Juni. (JTA.) Das Exekutiv-Komitee der Union der Zionisten-Revisionisten veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Die Welt-Union der Zionisten-Revisionisten sieht in der Fernhaltung Jabotinskys von Palästina durch die Palästina-Regierung mehr als einen Akt der Ungerechtigkeit; die Fernhaltung eines Mannes von Jabotinskys Verdiensten von dem Lande ist ein Akt zynischer Undankbarkeit. Im übrigen bedarf das Verhalten der Palästinaregierung in diesem Falle keines weiteren Kommentars und soll ruhig der öffentlichen Mißbilligung überlassen bleiben.

Jerusalem, 29. Juni. (JTA.) Der Waad Leumi forderte in einem Schreiben den High Commissioner Sir John Chancellor auf, das gegen den Führer der Revisionisten Wladimir Jabotinsky ausgesprochene Verbot der Wiedereinreise nach Palästina zurückzuziehen. — Der Distriktskommissar von Jaffa hat sich geweigert, die Erlaubnis zur Abhaltung einer Protestversammlung gegen die Fernhaltung Jabotinskys vom Lande zu erteilen.

Die verbotenen arabischen Zeitungen erscheinen wieder

Jerusalem, 25. Juni. (JTA.) Die verboten gewesenen arabischen Zeitungen „Felestin", Organ der Arabischen Exekutive, und „Al Jamea el Arabia", Organ des Moslemitischen Obersten Rates, dürfen nun mit Erlaubnis des Oberkommissars wieder erscheinen. Bezüglich des Wiedererscheinens der ebenfalls verbotenen hebräischen Tageszeitung „Doar Hayom", Organ der Revisionisten, hat sich der High Commissioner die Entscheidung für Ende der Woche vorbehalten.

„Doar Hayom" erscheint wieder — Dr. v. Weisl Mitglied der Redaktion?

Jerusalem, 29. Juni. (JTA.) Die kurze Zeit verboten gewesene Jerusalemer hebräische Tageszeitung „Doar Hayom" erscheint seit Freitag, den 27. Juni, wieder. Wie es heißt, wird der bekannte Orient-Schriftsteller und Orient-Berichterstatter großer mitteleuropäischer Zeitungen, Dr. v. Weisl, dem Redaktionsstab des „Doar Hayom" beitreten. Dr. v. Weisl ist bekanntlich einer der Führer der Zionisten-Revisionisten.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Jungzionistischer Arbeitskreis. Freundlicherweise hat sich Herr Theo Harburger bereit erklärt, am Samstag, 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, eine Führung durch die Ausstellung jüdischer Kultgeräte zu veranstalten. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Schekelaktion 5690. Sämtliche Schekelblockinhaber werden aufgefordert, die gesammelten Schekelgelder und die Schekelblocks sofort im Ortsgruppenbüro, Herzog-Rudolf-Straße 1, abzuliefern.

Wochenprogramm der V. J. St. „Jordania". Samstag, 5. Juli, 5 Uhr, Führung durch die **Ausstellung jüdischer Kultgeräte**, Prannerstraße 4. Mittwoch, 9. Juli, halb 9 Uhr, Fuxenkurs, Heim.

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß jedes aktive Mitglied verpflichtet ist, auch den Versicherungsbeitrag von 1 RM. zu bezahlen. Unsere Einkassierin Frau Schulz ist beauftragt, mit dem nächsten Monatsbeitrag die erste Hälfte dieses Betrages einzuheben. Wer seine Versicherungsgebühr nicht bezahlt, kann auf keinerlei Unterstützung im Falle eines Unfalles rechnen; wir lehnen ausdrücklich jede Verantwortung ab. Im Interesse jedes einzelnen liegt es, wenn besonders darauf geachtet wird, daß die Versicherung pünktlich bezahlt wird.

Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Zu dem Sonntag, 6. Juli, stattfindenden Jugendsiebenkampf haben wir unsere Jugend-Kampfmannschaft gemeldet. Die Wettkämpfe werden auf dem D.S.V.-Platz, Marbachstraße, ausgetragen und hoffen wir, daß es unseren Jungmannen gelingt, gleich den vergangenen Kämpfen erfolgreich abzuschneiden. Die Konkurrenzen weisen durch die diesjährige Teilnahme der Spitzenvereine eine glänzende Besetzung auf, es ist jedoch trotzdem anzunehmen, daß unsere tapfere Kampfmannschaft, welche sich schon so lange bewährt, ihren vielen Siegen einen neuen anreiht. Es starten:

200-m-Lauf: Spielmann, Kutten, Goldfarb, Kaiser.
Weitsprung: Spielmann, Kutten, Goldfarb, Magiday.
Hochsprung: Kutten, Magiday, Sonder, Herz.
Kugelstoßen: Kutten, Goldfarb, Magiday, Lichtstern.
Schlagballweit: Kutten, Magiday, Goldfarb, Spielmann.
4-mal-100-m: Finkel, Goldfarb, Kutten, Spielmann.
4-mal-400-m: Spielmann, Goldfarb, Finkel, Sonder.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Während des ganzen Sommers findet das Training für Leichtathletik und Handball auf dem Säbener Platz jeden Dienstag und Donnerstag abends von halb 7 Uhr und jeden Sonntag vormittag ab halb 10 Uhr statt. Da bereits wieder Ende August die Handball-Verbands-Spiele beginnen, fordern wir die Handballer auf, insbesondere an den Wochentagen dem Training beizuwohnen.

Die Leitung.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 30 vom 24. Juni bis 1. Juli

Goldenes Buch Z. O. G. Familie D. Horn gratuliert Herrn und Frau Saposchnik zur Vermählung ihres Sohnes, sowie Familie B. Goldberg zur Vermählung ihres Sohnes RM. 2.—. Familie Botie gratuliert Familie Goldberg herzlich zur Hochzeit ihres Sohnes RM. 1.— = RM. 3.—.

Büchsen: Geleert durch Herrn Schulz: H. Pumpian RM. 6.70, Anna Koch 2.25, A. Strumpf 2.—, B. Sachsenhaus 1.50, B. Holzapfel 1.43, L. Renkazischok 1.—, M. Weißbarth 1.— = RM. 15.88.

Geleert durch Fräulein Ruth Lewin: M. Eisenstätter RM. 12.—, Dr. G. Böhm 6.40, A. Benjamin 1.50, Karl Haimann 5.—, J.-R. E. Straus 5.—, N. Sadler 2.—, B. Zinn 3.97, J. Eisen 5.—, S. Penzak 3.50, A. Bein 1.56, J. Heß 3.—, A. Bensinger 5.—, R. und E. Stadler 1.21, Louis Adler 1.14, S. Seligmann 1.07, J. Blauzwirn 1.20, L. Haas 9.10, L. Oppenheimer 1.—, J. Soffer 1.10 = RM. 69.75.

Geleert durch Herrn Jackie Renka: Wilhelm Wolf RM. 1.—, Dr. L. J. Frisch 6.41, J. Bamberger 1.—, A. Wertheimer —.50 = RM. 8.91.

Zusammen RM. 97.54.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 RM. 6706.47.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" aus-

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.